

ANFRAGE

des Abgeordneten Pfister

an Herrn LH-Stellvertreter für Infrastruktur und Sport Udo Landbauer, MA

betreffend: Fürstliche Erhöhung der schwarz-blauen Regierungsgehälter in NÖ

Die Ausgangsbasis des Nationalratsbezugs bildet auch die österreichweite Berechnungsgrundlage für die Politikerbezüge und wird jedes Jahr aufgrund der Inflation vom Präsidenten des Rechnungshofes kundgemacht. Somit steigt die Ausgangsbasis jährlich aufgrund verfassungsgesetzlicher Vorgaben mehr oder weniger automatisch. Für die obersten Bundesorgane wurde die Anpassung für 2024 ausgesetzt. In Niederösterreich wurde die Anpassung ab Juli 2024 in voller Höhe wirksam. Das bedeutet für die NÖ Regierungsmitglieder eine signifikante Gehaltserhöhung:

- Landeshauptfrau: von € 19.745,14 auf € 21.660,40
- LH-Stv.: von € 18.757,88 auf € 20.577,40
- Landesrät*innen: von € 17.770,63 auf € 19.494,30

Das entspricht fast 10 % mehr Gehalt für Regierungsmitglieder in Niederösterreich. Diese Erhöhung wurde von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) und Udo Landbauer (FPÖ) vereinbart. Ursprünglich hatte Herr Landbauer medienwirksam eine Nulllohnrunde für Regierungsmitglieder in Niederösterreich gefordert. Nun argumentiert die FPÖ, dies sei nicht möglich gewesen. Bemerkenswert ist, dass die ÖVP ohne die FPÖ keine Mehrheit für die Gehaltserhöhung gehabt hätte, doch Herr Landbauer hat seine Position geändert. Dies steht zudem im Widerspruch zur Position des FPÖ-Bundesparteiochtmanns Herbert Kickl, der sich auf Bundesebene für eine Nulllohnrunde ausgesprochen hat.

Durch diese Entscheidung erhöhen Frau Mikl-Leitner und Herr Landbauer deren eigenes Gehalt um 25.000 Euro jährlich, wodurch sie künftig mehr verdienen als viele Bundesminister und Landeshauptleute. Diese Gehaltserhöhung ist höher als das Jahreseinkommen vieler Bürgerinnen und Bürger. Deshalb haben sich die Regierungsmitglieder der SPÖ dafür entschieden, das Gehälter-Plus zu spenden, denn eine fürstliche Erhöhung dieser, und das in Zeiten der Teuerung, ist „unanständig“.

Diese Anfrage ist erforderlich, um die Öffentlichkeit über die Hintergründe und Motive der Gehaltserhöhung für die Regierungsmitglieder in Niederösterreich zu informieren. Immerhin kostet diese Erhöhung die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bereits im Jahr 2024 knapp € 150.000. In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und finanzieller Belastungen für viele Bürgerinnen und Bürger erscheint eine derart signifikante Gehaltserhöhung für Regierungsmitglieder als unangebracht.

Es ist daher von großer Bedeutung, die Entscheidungsprozesse und Rechtfertigungen der politischen Verantwortlichen offenzulegen und zu hinterfragen, warum eine Nulllohnrunde nicht durchgesetzt werden konnte. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, wie ihre Steuergelder verwendet werden und ob die politischen Entscheidungen im Einklang mit den Bedürfnissen und Erwartungen der Bevölkerung stehen. Insbesondere in den Bereichen Gesamtverkehrs- und Sportangelegenheiten, wo eine wirkungsorientierte Mittelverwendung und Förderung ein Gebot der Stunde ist, müssen die politischen Entscheidungen transparent und nachvollziehbar sein.

Daher richtet der Gefertigte an Herrn LH-Stellvertreter Landbauer, MA folgende

A n f r a g e:

1. Warum wurde die Gehaltserhöhung für die niederösterreichischen Regierungsmitglieder beschlossen, obwohl ursprünglich eine Nulllohnrunde Ihrerseits gefordert wurde?
2. Welche Gründe gab es, die Gehaltserhöhung nicht auszusetzen, wie es auf Bundesebene für die obersten Bundesorgane entschieden wurde?
3. Wie wird die Entscheidung zur Gehaltserhöhung im Kontext der aktuellen wirtschaftlichen Lage und der finanziellen Belastungen vieler Bürgerinnen und Bürger gerechtfertigt?
4. In welchem Ausmaß wurde die Position des FPÖ-Bundesparteiobmanns Herbert Kickl bei der Entscheidung berücksichtigt, und warum wurde davon abgewichen?
5. Welche konkreten Maßnahmen wurden geprüft, um eine Nulllohnrunde zu ermöglichen?

6. Welche Stellungnahme hat Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner zur Zustimmung zur Gehaltserhöhung abgegeben, insbesondere im Hinblick auf die Zustimmung der FPÖ?
7. Wie rechtfertigen Sie persönlich die Zustimmung zur Gehaltserhöhung angesichts der finanziellen Belastungen und Unsicherheiten vieler Bürgerinnen und Bürger in Niederösterreich?
8. Beabsichtigen Sie das Gehälter-Plus zu spenden?
 - a. Wenn ja, an wen und für welchen Zweck wird gespendet?
 - b. Wenn nein, warum bzw. finden Sie mit Ihrem bisherigen Bezug nicht das Auslangen?
9. Wie wird die Gehaltserhöhung in Einklang mit Ihrer Verantwortung für Gesamtverkehrs- und Sportangelegenheiten, insbesondere in Bezug auf wirkungsorientierte Mittelverwendung, gebracht?
10. Welche Leuchtturmprojekte in den Bereichen Gesamtverkehrsangelegenheiten und Sport sehen Sie als Rechtfertigung für die Gehaltserhöhung?
11. Inwiefern trägt die Gehaltserhöhung zur Verbesserung der Straßen- und Verkehrsplanung in Niederösterreich bei?
12. Wie rechtfertigen Sie die Gehaltserhöhung angesichts der Herausforderungen und finanziellen Belastungen, die viele Sportvereine und -initiativen in Niederösterreich derzeit bewältigen müssen, insbesondere im Zusammenhang mit der Reduktion der Sportförderung im Jahr 2025?